



BBU-Pressemitteilung 08.11.2013

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Zuständigkeitsdesaster beim Fracking in Schleswig-Holstein muss Folgen haben – BBU fordert die Landesregierung auf, alle Genehmigungen des LBEG zur Erdgasförderung aufzuheben

(Bonn, Kiel, 08.11.2013) Als großen Schritt in der Debatte über die Rechtmäßigkeit von Bergbauberechtigungen in Schleswig-Holstein, die Voraussetzung für die Anwendung von Fracking sind, sieht der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Veröffentlichung eines Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags. Darin wird festgestellt, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) für erteilte und derzeit beantragte Erlaubnisse und Bewilligungen sachlich nicht zuständig ist. Diese fehlende Zuständigkeit hat zur Folge, dass alle vom LBEG erteilten Genehmigungen in Schleswig-Holstein rechtswidrig sind. Nach Auffassung des BBU sind sie wegen der Offensichtlichkeit der Rechtsverletzung sogar nichtig. Der BBU fordert die Landesregierung daher auf, alle vom LBEG erlassenen Verwaltungsakte, die mit der Gasförderung in Zusammenhang stehen können, als nichtig zu erklären bzw. zurückzunehmen.

Mit Befremden sieht der BBU dabei das beschwichtigende Verhalten der Landesregierung und des GRÜNEN Umweltministers Dr. Habeck. Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU erklärt hierzu: „SPD, SSW und GRÜNE sprechen von Formalismus, wenn rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft gesetzt werden. Wenn eine niedersächsische Behörde ohne Rechtsgrundlage über höchst umstrittene Bergbauberechtigungen in Schleswig-Holstein entscheidet, ist das ein Skandal von erheblichem Ausmaß. Die so erteilten Bergbauberechtigungen sind genauso wenig rechtmäßig wie es eine Abrissgenehmigung einer österreichischen Behörde für den Kieler Landtag wäre. Wer dies herunterspielt und sich weiterhin uneingeschränkt hinter die von den Bürgerinitiativen scharf kritisierten LBEG-Genehmigungen stellt, muss sich fragen lassen, welche Position er zu den Strukturen des Rechtsstaats einnimmt.“

Auf Kritik des BBU stößt auch die Strategie des GRÜNEN Umweltministers Dr. Habeck und der rot-grün-blauen Koalitionsfraktionen, die Diskussionsebene zu wechseln. Oliver

Spendenkonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 002 666
IBAN DE62 3705 0198 0019 002666
BIC COLSDE33

Geschäftskonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 001 965
IBAN DE74 3705 0198 0019 001965
BIC COLSDE33

Vereinsregister
Bonn VR 5404
Steuernummer
205/5760/0256
Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich abzugsfähig.

Anerkannt nach § 3 UmrWG

AKTIV FÜR UNSERE UMWELT.

Kalusch führt aus: „Wer jetzt über den rein politischen Kampf gegen Fracking philosophiert oder versucht, den Fokus auf die Fracking-Debatte im Bund sowie auf die Änderung des Bundes-Berggesetzes zu lenken, flüchtet vor der eigenen Verantwortung. Charakteristisch für den Stillstand in Schleswig-Holstein ist, dass der Umweltminister den Bürgerinitiativen trotz seiner öffentlichen Ankündigung vor über einem Monat immer noch keinen Erlass präsentieren konnte, der die zwingende Beteiligung der Gemeinden in Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren festlegt. Eine konsequente Politik der Ablehnung von Fracking sieht anders aus.“

Der BBU fordert das Umweltministerium und die Landesregierung auf, sich vom LBEG endgültig zu trennen und eine eigene, kritische Bergbehörde in Schleswig-Holstein aufzubauen. Eine zukünftige Wahrnehmung von Behördenaufgaben durch das LBEG würde den Interessen der Umwelt und der Bevölkerung diametral gegenüberstehen.

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.